

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

AKTUELL

Cotti trifft Christopher und Boutros-Ghali

Bern (AP) Bundesrat Flavio Cotti tritt am kommenden Sonntag eine sechstägige Nordamerika-Reise an. Bei seinen Besuchen in Washington, New York und Ottawa werde er mit US-Aussenminister Warren Christopher und UNO-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali zusammentreffen, wie das EDA am Mittwoch mitteilte.

Der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) werde am Montag und Dienstag in Washington mit Christopher und mit Antony Lake, dem Nationalen Sicherheitsberater sowie mit weiteren Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft zu Arbeitsgesprächen zusammentreffen. In New York sind laut Mitteilung Treffen mit Boutros-Ghali sowie den Präsidenten der UNO-Generalversammlung und dem UNO-Sicherheitsrat vorgesehen.

SBB verzichten 1994 auf Tarifierhöhungen

Zürich (AP) Die SBB verzichten im laufenden Jahr auf Tarifierhöhungen. Besonders das Halbtaxabonnemnt wird die Bahn «vorläufig nicht mehr anrühren», wie SBB-Direktionspräsident Benedikt Weibel in einem am Mittwoch vorab veröffentlichten Interview der «Schweizer Handelszeitung» sagte.

Sturmwinde läuteten Wetterwechsel ein

Zürich (AP) Sturmwinde mit bis 160 Kilometern pro Stunde in Höhenlagen haben in der Schweiz den Wetterumschwung eingeläutet. Nach dem frühlingshaften Wetter der letzten Tage sanken in der Nacht auf Mittwoch Temperaturen und Schneefallgrenze weiter ab, wie ein Sprecher der Schweizerischen Meteorologischen Anstalt (SMA) sagte. Und für den Frühlingsanfang ist Winterwetter angesagt.

Auf dem Jungfraujoch haben in der Nacht auf den Mittwoch Winde mit bis zu 158 Kilometern pro Stunde geblasen.

Serbien-Embargo-Brech wird untersucht

Bern (AP) In der Schweiz sind bisher zehn Verfahren wegen möglichen Verstössen gegen das UNO-Embargo gegen Serbien eingeleitet worden. Betroffen sind auch Schweizer Firmen, wie ein Vertreter des Bundesamtes für Aussenwirtschaft am Mittwoch zu einem Bericht des «Beobachters» bestätigte.

Abstimmung der Verkehrspolitik mit Österreich und Schweiz

Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner nahm an der Konferenz der Verkehrsminister auf Kreta teil – Gespräche mit Ogi und Klima

(G.M.) – «Im Bewusstsein, dass die wirtschaftlichen, technologischen, sicherheitsrelevanten und ökologischen Aspekte der Verkehrspolitik alle europäischen Staaten vor neue Herausforderungen stellen und dass der Wandel in Mittel- und Osteuropa sowie die Verkehrssituation im Mittelmeerraum eine engere Zusammenarbeit erforderlich machen», verabschiedeten die Verkehrsminister der europäischen Staaten eine umfangreiche Erklärung, in der sie auf die Notwendigkeit einer harmonisierten Verkehrspolitik in Europa hinwiesen. Unser Land wurde durch Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner an der Konferenz auf Kreta vertreten, die begleitet war von Johann Ott, dem Leiter des Tiefbauamtes.

Während der dreitägigen Konferenz wurden nach Auskunft von Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner insbesondere die Themen Verkehr und Marktwirtschaft, Infrastruktur und Finanzierung, Wahl der Verkehrsträger sowie Sicherheit und Umweltschutz diskutiert. Die gesamteuropäischen Probleme betreffen nach ihrer Auffassung auch Liechtenstein, egal ob es sich um Transitfragen, um den Benzinpreis oder den Schadstoffausstoss bei den Motorfahrzeugen handelt.



Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner vertrat Liechtenstein an der Konferenz der europäischen Verkehrsminister auf Kreta.

Die spezifischen liechtensteinischen Verkehrsprobleme können nach Ansicht von Verkehrsministerin Dr. Cornelia Gassner allerdings nur in Zusammenarbeit und in Abstimmung mit den Nach-

barstaaten Schweiz und Österreich gelöst werden. Mit Bundesrat Adolf Ogi, mit dem die liechtensteinische Delegation nach Kreta reiste, wurde ein bilaterales Treffen vereinbart. Mit dem öster-

reichischen Verkehrsminister Viktor Klima führte Regierungsrätin Gassner ein Gespräch über die Verkehrspolitik im Raum Liechtenstein-Vorarlberg. Auf Anfang April ist in diesem Zusammenhang ein weiteres Treffen mit dem Vorarlberger Verkehrsminister Hubert Gorbach geplant, der vor kurzem den Ideenwettbewerb Verkehr in Vaduz besichtigte und sich über die liechtensteinischen Vorstellungen informieren liess.

Nach Auskunft von Regierungsrätin Gassner setzt sich die Regierung vor allem dafür ein, dass die Querverbindung zwischen dem österreichischen und dem schweizerischen Autobahnnetz nicht durch unser Land geführt wird. Die in Vorarlberg noch umstrittene S 18 wird von liechtensteinischer Seite als die beste Lösung angesehen.

Die Verkehrsminister gaben auf Kreta in einer Abschlusserklärung ihrer Auffassung Ausdruck, dass «eine europaweite Verkehrspolitik als ein umfassendes Ganzes entwickelt werden muss». Die Verkehrspolitik sollte nach dieser Erklärung in allen beteiligten Staaten und auf der Ebene der Europäischen Union auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft und des freien Wettbewerbs organisiert werden.

Schaan möchte den Steuerfuss wieder auf Landesniveau anheben

Beschluss des Gemeinderates steht vor der Volksabstimmung – Mehrheit des Gemeinderates: Wir brauchen ausreichende Finanzmittel

(G.M.) – Bürgerinnen und Bürger von Schaan stehen vor einer schwierigen Entscheidung: Der Gemeinderat setzte den Steuerfuss von 170 wiederum auf 200 % fest, möchte aber die Bevölkerung letztlich darüber entscheiden lassen. Die Abstimmung ist auf den 25./27. März anberaumt worden: Wollen die Schaaner weiterhin weniger Steuern als in den anderen Gemeinden zahlen oder folgen sie dem Argument der Mehrheit des Gemeinderates, dass die Gemeinde mehr Steuern braucht, um die auferlegten Aufgaben erfüllen zu können?

Die Gemeinde Schaan kämpft schon seit einigen Jahren mit dem Problem der Gemeindesteuern. Bereits 1990 und 1992 wurde über die Höhe des Gemeindesteuerschlags abgestimmt, wobei sich in beiden Volksabstimmungen die Bürgerinnen und Bürger für die Herabsetzung auf 170 % entschieden, obwohl sich der Gemeinderat für eine Beibehaltung des Steuersatzes von 200 % – wie in allen anderen Gemeinden des Landes – ausgesprochen hatte.

Die dritte Abstimmung in dieser Frage in kurzer zeitlicher Folge ergibt sich aus der Entscheidung des Gemeinderates, den Steuerzuschlag wieder auf 200 % festzusetzen, doch die endgültige Ent-

scheidung den Stimmberechtigten zu überlassen. «Damit sind die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aufgerufen», heisst es in einem Informationsblatt des Gemeinderates zur Abstimmung, «die Verantwortung für die finanzielle Weiterentwicklung der Gemeinde mitzutragen.» Im Unterschied zu den früheren Abstimmungen wurde diesmal der Gemeinderat aktiv, während vorher eine Initiative aus der Bürgerschaft den Anlass für eine Gemeindeabstimmung gab.

Der Schaaner Gemeinderat, der mehrheitlich für eine Anhebung des Steuersatzes auf 200 % votierte (10 Ja-Stimmen, 1 Nein und 1 Enthaltung), rechnet den Stimmberechtigten vor, dass seit der Senkung der Steuern im Jahre 1990 rund 8,5 Mio. Fr. «verloren» gingen. Auf der anderen Seite wird darauf verwiesen, dass bei einer Annahme des höheren Steuersatzes rund 40 % der Steuerpflichtigen einen Mehrbetrag von weniger als 100 Fr. pro Jahr zu zahlen hätten.

Rund die Hälfte der Mehreinnahmen zahlen nach dieser Darstellung nur 39 Steuerpflichtige, die entweder über ein sehr hohes Einkommen oder über ein grosses Vermögen (oder über beides) verfügen.



Am 25. und 27. März haben die Schaaner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erneut über den Gemeindesteuerfuss zu entscheiden.

Nationalrat setzt Zeichen für bessere Verständigung

Massnahmenkatalog gegen den Willen des Bundesrats in Motionsform überwiesen – Dreifuss warnt

Bern (AP) Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat ein Zeichen für die bessere Verständigung zwischen den Sprachgrenzen gesetzt. Er überwies am Mittwoch mit 112 gegen 51 Stimmen einen Katalog von Massnahmen in verbindlicher Motionsform. Bundesrätin Ruth Dreifuss hatte vergeblich für ein Postulat plädiert und vor der Gefahr von Widersprüchen und Heuchelei gewarnt.

Die 23 Rezepte, die die Verständigungskommission beider Räte nach dem Malaise um die EWR-Abstimmung erarbeitet hatte, betreffen Katalysatoren wie die Landesausstellung und die Totalrevision der Verfassung sowie Massnahmen auf den Gebieten Sprache, Medien, Bildung und Austausch. Sie wurden von der Vorsteherin des Eidgenössischen Departements (EDI) nicht inhaltlich bekämpft. «Wir ziehen am gleichen Strick», versicherte sie. Dem Bundesrat mangle es aber an Kompetenzen zur

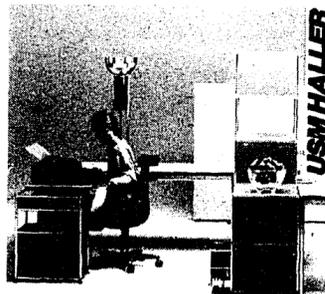
Umsetzung des Bündels von Anregungen. Zudem bestehe die Gefahr, dass es an finanziellen und personellen Mitteln fehle. Dreifuss gab sich zuversichtlich, dass der von vielen als Schock empfundene Ausgang der EWR-Abstimmung insofern heilsam gewesen sei, als er zahlreiche Initiativen zur besseren Verständigung ausgelöst habe.

Nach viel Schelte über die Mundartwelle in der Deutschschweiz hatte Christiane Brunner (SP/GE) zuvor eine Lanze für das «Schwyzerdütsch» gebrochen. Die Argumentation, wonach die Mundart einerseits das Haupthindernis für die Verständigung, andererseits aber Muttersprache der Deutschschweizer sei, enthalte einen grundsätzlichen Widerspruch. Brunner empfahl deshalb den Romands, Schweizerdeutsch zu lernen, und verwies auf die einfache Grammatik des Dialekts. Bezeichnend sei vielleicht, dass das Schweizerdeutsche das Futurum

nicht kenne, fügte sie maliziös hinzu. Zusammen mit Fulvio Caccia (CVP/TI) rief sie das Büro des Nationalrats dazu auf, den «Röstigraben» im Nationalratssaal einzuebnen und für eine gemischtsprachliche Sitzordnung zu sorgen.

Zweifel an der Wirksamkeit der Empfehlungen meldeten Cyrill Brügger (SP/FR) und Flavio Maspoli (Lega/TI) an. Maspoli forderte mehr gegenseitigen Respekt und rügte den «Ayatollah»-Kommentar von Bundesrat Delamuraz zur Annahme der Alpen-Initiative.

Paul Schmidhalter (CVP/VS) empfahl seinen Heimatkanton als Vorbild für die Verständigung und das Walliser Olympia-Projekt als konkreten Schritt zur Einheit. Politische Regeln zur besseren Verständigung stellte Pascal Couchepin (FDP/VS) auf und gab zu bedenken, dass das Konkordanzsystem ein Grundpfeiler für die Einheit der Schweiz sei.



Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen.

THONY office
FL-9494 Schaan | Bahnhofstrasse 16 | Tel. 075/232 42 42

WALD
VADUZ • STÄDTLE 34 • RATHAUSPLATZ
LECH A. ARLBERG • AMBROSIIUSPASSAGE